

Resolution Nr. 28 des dbv,
angenommen von der
Mitgliederversammlung des dbv
am 9. Mai 1999 in Berlin



Krieg darf kein Mittel der Politik sein

Der Dietrich-Bonhoeffer-Verein (dbv) fordert die Suche nach einer politischen Lösung

Die Mitgliederversammlung des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins (dbv) hat auf ihrer Tagung in Berlin am Sonntag, den 9. Mai 1999, folgende Resolution zum Kosovo-Konflikt verabschiedet:

Wir warnen vor einer weiteren Eskalation des NATO-Jugoslawien-Krieges.

- Eine stetige Ausdehnung der Luftbombardements zunehmend auf zivile Ziele fordert immer mehr unschuldige Opfer und vergrößert das Leid der Menschen.
- Es muß unter allen Umständen vermieden werden, daß es irgendwann zu einem vermutlich langen, blutigen Bodenkrieg und zu einer Ausbreitung des Kriegs auf den Großteil des Balkans und darüberhinaus kommt.

Wir fordern eine unverzügliche Feuerpause der NATO mit dem Ziel eines vollständigen Waffenstillstands als Vorstufe zur Aufnahme von Friedensverhandlungen.

- Die NATO-Strategie ist gescheitert:
 - Die Vertreibungen wurden nicht gestoppt.
 - Seit Beginn der Luftangriffe sind Brutalität und Gewalt vervielfacht. Die Vertreibungen haben unvorstellbare Ausmaße angenommen.
 - Die großflächige Zerstörung der Wirtschaft Jugoslawiens schreitet voran. Die Zahl der Opfer unter der jugoslawischen Zivilbevölkerung wird immer größer.
 - Es gibt keine militärische Lösung.

- Deshalb muß die NATO jetzt eine Feuerpause von mindestens 72 Stunden erklären, in der die Schritte zu einem vollständigen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen vereinbart werden können.

Wir erinnern daran, daß es für Christen „in aller Angst und Bedrängnis des Gewissens keine Ausflucht vor dem Gebot Christi, daß Friede sein soll“, geben kann. (Dietrich Bonhoeffer in Fanö 1934)

- Die kriegerischen Handlungen im Kosovo-Konflikt sind mit den Bestimmungen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und dem Völkerrecht nicht vereinbar.
- „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein“ (Ökumenischer Rat der Kirchen in Amsterdam 1948). Wir bitten alle Christen, sich nicht in politische Feindbilder, religiöse Gewaltrechtfertigungen oder konfessionelle Konfliktverstärkungen hineinziehen zu lassen, sondern das Friedensgebot Christi in der Fürbitte und in der humanitären und politischen Mitverantwortung zur Geltung zu bringen.

Anlagen: Friedensmemorandum von Dr. Walter Romberg,
Mitglied im Kuratorium des dbv

Beschluß der Landessynode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg vom 15. bis 17. April 1999 samt beigegefügtem Wort des Bischofs Dr. Wolfgang Huber

„Hoffnungen haben getrogen - Neues Leid hervorgerufen“: Pressemitteilung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg vom 21. April 1999

Beschluß der Synode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens vom 26.04.1999

Verteiler: Bundeskanzler Gerhard Schröder
Verteidigungsminister Rudolf Scharping
Vorstände der Fraktionen im Deutschen Bundestag
Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)
Der Evangelische Militärbischof
Das Evangelische Kirchenamt für die Bundeswehr - Der Militärgeneraldekan
Arbeitsgruppe des dbv „Friedensethik und Soldatenseelsorge“
Autoren der Anlagen:
Dr. Walter Romberg, Mitglied im Kuratorium des dbv
Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg
Evangelische Landeskirche in Württemberg
Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens
Presseverteiler des dbv